

LOKALES

KREIS GROSS-GERAU



Debatte über Schulpolitik im Kreis Groß-Gerau

Von Charlotte Martin vor 14 Stunden

Schulqualität, Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Inklusion – die Themen bei der Diskussion des Kreiselternbeirats mit den Kreistagsfraktionen am Montag waren vielfältig – und alarmierend.



Rund um das Thema Schule hat sich eine Diskussion von Vertretern der Kreistagsfraktion und Kreiselternbeirat gedreht.

Foto: Vollformat/Volker Dziemballa

KREIS GROSS-GERAU - Schulqualität, Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Inklusion – die

Themen bei der Diskussion des Kreiselternbeirats in Groß-Gerau mit den Kreistagsfraktionen am Montag im Büchnersaal waren vielfältig. Etwa 50 Lehrer und Eltern bildeten das Plenum.

Vertreter der Kreistags-Fraktionen CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke sowie Landtagsabgeordnete Kerstin Geis (SPD), Sabine Bächle-Scholz (CDU) und Landtagskandidatin Ines Claus (CDU) räumten bei allen Aspekten in unterschiedlichem Ausmaß Nachbesserungsbedarf ein. „Wenn das HKM sagt, in Hessen falle kein Unterricht aus, so geht das an der Realität vorbei. Es fehlen Lehrer und wir können sie uns nicht backen, aber es ist ein Unding, dass pädagogische Laien die Lücken füllen“, betonte neben anderen Kerstin Geis, worauf Christiane Böhm (Die Linke) nachsetzte: „Die Geburtenzahlen steigen. Wir brauchen bis 2030 gut 26 000 frisch ausgebildete Lehrer – Inklusionslehrer nicht eingerechnet. Da muss dringend eine Schippe draufgelegt werden.“

WEITERES TREFFEN

- › Der Kreiselternbeirat will sich im Jahr 2019 erneut mit den Kreistagsfraktionen zum Austausch treffen. Er weist zudem auf Demonstrationen der GEW für „Bessere Bedingungen für die Bildung“ in Frankfurt und Kassel am 22. September hin. Informationen gibt es im Internet unter www.kreiselternbeirat-gg.de. (lot)
-

4000 neue Schüler in Hessen seit dem Jahr 2015

Dass seit 2015 rund 4000 neue Schüler nach Hessen kamen und dies die Situation erschwere, räumte Sabine Bächle-Scholz ein. „Wir müssen dafür sorgen, dass Lehrer länger bleiben, dass Referendare gehalten und Studienplätze ausgeweitet werden. Jede einzelne Schule ist gefragt, bis 2019 ihr Vertretungslehrerkonzept zu evaluieren“, sagte Bächle-Scholz und verwies auf die organisatorische Mitverantwortung der Schulen. Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) meinte: „Krankheitsbedingte Ausfälle von Lehrern sind größer als in anderen Berufen. Lehrer schaffen einfach die extremen Anforderungen nicht mehr.“

Im Plenum wies ein Gewerkschaftsvertreter auf die spezifische Kreissituation hin: „Wir haben den höchsten Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sowie den höchsten Anteil von Eltern im Hartz IV-Bezug hessenweit. Dies muss die Stellenzuweisung berücksichtigen. Lehrer suchen sich heute aus, wo sie arbeiten wollen und bevorzugen

pflegeleichte Schüler. Im Kreis gibt es viele Versetzungsanträge.“ Besonders Förderschullehrer sei bei den aufreibenden Arbeitsbedingungen kein beliebter Beruf mehr, wie Christiane Böhm ergänzte.

Stefan Stein, Vorsitzender des Kreiselternbeirats (KEB), zog zur engagierten Debatte über Schulpolitik ein Fazit, das alarmiert: „Inklusion funktioniert noch nicht. Keiner stimmt mit dem Hessischen Kultusministerium überein, das von ‚hervorragender Aufstellung‘ der Schulen spricht. Es gibt definitiv zu wenig Lehrer und es gibt laut HKM keine Erhebungen zum Lehrerauffall – krankheitsbedingt oder durch Elternzeit. Die Situation wird sich mit wachsender Schülerzahl noch verschärfen. Es wurde versäumt, für genügend Lehrer und Förderlehrkräfte zu sorgen.“ Das Gießkannenprinzip der Stellenzuweisung greife nicht, so der Konsens.

Eltern im Plenum meinten erregt, dass ihre „Wahlfreiheit“ zwischen inklusiver Beschulung und Förderschule eine Farce sei: Zwei Förderschulen im Kreis wurden geschlossen und den zwei verbliebenen werde Personal abgezogen, damit es stundenweise Schüler mit Förderbedarf woanders begleite. Für Kinder, Eltern und Lehrer sei dies katastrophal. 24 bis 27 Schüler pro Klasse, in der Kinder mit Förderbedarf sind – das sei überfordernd, bestätigte eine Lehrerin. Philipp Stannarius, Leiter der MBS Groß-Gerau, sagte: „Wir können Inklusion nur ansatzweise leisten, können vielen Kindern, so wie es ist, nicht gerecht werden. Da muss nachjustiert werden.“ Der Kreiselternbeirat sprach sich vollauf für die inklusive Beschulung aus: „Fehlende Ressourcen sprechen nicht gegen die Idee, sondern für die notwendige Bereitstellung der Mittel.“ Gerald Kummer (SPD) vertrat eine ähnliche Meinung: „Anderssein muss Normalität werden. Wir kommen nicht mit ‚Inklusion light‘ davon. Inklusion ist eine enorme gesellschaftliche Chance und sie ist ein langer Weg. Inklusion darf nicht an den Finanzen scheitern.“